

Wie viel Bürger steckt in Interessengruppen?

Themen-Kongruenz zwischen Bürgern und organisierten Interessen in Deutschland

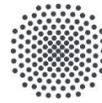
Working Paper 09/2019

Zusammenfassung

In diesem Aufsatz unternehmen wir die erste systematische Analyse des Potentials der organisierten Interessen als Transmissionsriemen zwischen Bürgern und Gesetzgebern im politischen System der Bundesrepublik zu fungieren. Damit knüpfen wir an Studien aus dem US-Kontext an, die zu eher pessimistischen Schlussfolgerungen hinsichtlich des Repräsentationspotentials von Interessengruppen kommen. Wir verwenden Daten aus Experteninterviews mit Lobbyisten und einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage, um in einem ersten Schritt die Kongruenz zwischen den Themenfeldern, welche jeweils die Öffentlichkeit und organisierte Interessen in Deutschland als wichtig ansehen, zu ermitteln. In einem zweiten Schritt analysieren wir, ob sich diese Schnittmenge einerseits auf individueller Ebene hinsichtlich des soziökonomischen Status oder der politischen Einstellungen der Befragten sowie andererseits hinsichtlich des Organisationstyps unterscheidet. Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass es einen moderaten Zusammenhang zwischen den Agenden von Öffentlichkeit und organisierten Interessen gibt. Diese Repräsentationsleistung wird aber ausschließlich von Organisationen ohne wirtschaftlichem Interesse erfüllt, die verstärkt an Themen arbeiten, die für die Bevölkerung salient sind. Auf individueller Ebene sind allein Bürger mit extremeren Einstellungen besser repräsentiert als jene, die sich in der ideologischen Mitte befinden. Hingegen zeigen sich keine Unterschiede hinsichtlich des Einkommens, Geschlechts, Ost- und Westdeutschland oder der Parteiidentifikation.

Schlüsselwörter:

Repräsentation; Interessengruppen; Kongruenz; Responsivität; öffentliche Meinung



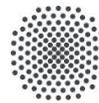
Wie viel Bürger steckt in Interessengruppen?

Themen-Kongruenz zwischen Bürgern und organisierten Interessen in Deutschland

1 Einleitung

Westliche Demokratien haben einen beachtlichen Niedergang des Vertrauens der Bürger in politische Institutionen und Parteien erfahren (Norris 2011; Newton 2012; Dalton et al. 2004; Dalton und Wattenberg 2002). Dieser drückt sich in der Umwälzung ganzer Parteiensysteme in Westeuropa aus, die insbesondere mit einem Niedergang sozialdemokratischer und dem Aufstieg neuer populistischer Parteien verbunden ist, aber auch in sozialen Bewegungen wie den *gilets jaunes* (Gelbwesten) in Frankreich. Darüber hinaus haben Studien sowohl im Kontext der USA (Gilens und Page 2014; Gilens 2014; Bartels 2016), Europas (Giger et al. 2012; Peters und Ensink 2015) als auch Deutschlands gezeigt, dass die verabschiedeten Gesetze den Präferenzen der Einkommensstarken in deutlich größerem Umfang entsprechen als denen der Einkommensschwachen (Bartels 2016; Gilens 2014; Gilens und Page 2014). Somit könnte die Repräsentativität des politischen Systems verzerrt sein. Vor diesem Hintergrund geraten zivilgesellschaftliche Organisationen, allen voran Interessengruppen, in den Fokus, die den Verlust an Repräsentativität von Parteien kompensieren könnten. Seit langem schon wird argumentiert, dass organisierte Interessen analog zu Parteien als Transmissionsriemen fungieren und gesellschaftliche Präferenzen in das politische System übertragen können (Berry und Wilcox 2018; Easton 1971; Truman 1951; Williams 2000).

Unter organisierten Interessen verstehen wir alle kollektiven Akteure, die ihre Präferenzen im politischen System zu vertreten suchen, ohne dabei Regierungsämter oder parlamentarische Vertretung durch Wahlen anzustreben. Somit betrachten wir neben Verbänden, die Individuen, Unternehmen oder andere Verbände als Mitglieder haben können (Baumgartner und Leech 1998), auch Unternehmen sowie berufsständische Vereinigungen als organisierte Interessen (Schlozman und Tierney 1986). Während eine Reihe von Studien zur repräsentativen Funktion von Parteien vorhanden sind (Adams 1997; Carmines und Stimson 1986; Spoon und Klüver 2014; Romeijn 2018), gibt es nach derzeitigem Stand nur wenige Untersuchungen, die sich mit dem repräsentativen Potential von organisierten Interessen auseinandersetzen (Bevan und Rasmussen 2017; Rasmussen et al. 2014). Zudem beziehen sich die wenigen Analysen zu diesem Thema auf die USA und zeichnen ein gemischtes Bild hinsichtlich der Repräsentativität von organisierten Interessen. So konnten einerseits Bevan und Rasmussen (2017) zeigen, dass sich

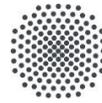


mit der Zahl der in einem Politikfeld aktiven Gruppen auch die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass Themen, die für die Öffentlichkeit wichtig sind, auf die Tagesordnung der Regierung kommen (Bevan und Rasmussen 2017). Andere Studien haben hingegen herausgefunden, dass es nur eine geringe Schnittmenge zwischen den Agenden von organisierten Interessen und der Öffentlichkeit gibt (z.B. Kimball et al. 2012).

In dieser Untersuchung gehen wir der Frage nach, ob die Themen, die von organisierten Interessen bearbeitet werden, repräsentativ für die Wünsche und Sorgen einer breiteren Öffentlichkeit sind. Sie stellt damit einen notwendigen ersten Schritt dar, um sich der Frage anzunähern, inwiefern organisierte Interessen in einer Konsensdemokratie mit parlamentarischem Regierungssystem (Lijphart 2012) als Transmissionsriemen zwischen Bürgern und Staat fungieren können. Ein neuer Datensatz ermöglicht es uns, systematisch die Agenden von organisierten Interessen und Bürgern zu vergleichen. Die Verknüpfung von repräsentativen Umfragedaten mit einer großen Zahl teilstandardisierter Experteninterviews, die den Befragten die Möglichkeit geben, die aus Sicht der Organisation relevantesten politischen Themen zu nennen, ist bislang einzigartig. Aus den insgesamt 119 Interviews konnten wir knapp 800 Themen ermitteln und haben somit einen guten Einblick, welche Prioritäten die Verbändelandschaft in Deutschland zum Zeitpunkt der Interviews hatte.

Neuere Analysen, welche die Präferenzen der Bevölkerung den konkreten Policies auf Bundesebene gegenüberstellen (Elsässer et al. 2017) oder die ideologische Kongruenz verschiedener Einkommensgruppen mit den Regierungsparteien untersuchen (Giger et al. 2012), kommen zu dem Ergebnis, dass das politische System gegenüber den Präferenzen der Einkommensstarken verzerrt ist. So haben Elsässer et al. (2017) herausgefunden, dass die Gesetze, die vom Parlament verabschiedet werden, wie in den USA die wohlhabenderen Schichten der Bevölkerung begünstigen. Allerdings scheinen majoritäre Systeme grundsätzlich stärker gegenüber den Präferenzen einkommensstärkerer Menschen als proportionale Systeme verzerrt zu sein (Giger et al. 2012).

Zudem deuten Arbeiten, welche die Verknüpfung zwischen den politisch aktivsten Interessengruppen auf der einen sowie Bürgern und Parteien auf der anderen Seite untersuchen, darauf hin, dass zumindest bestimmte Typen von organisierten Interessen in einem gewissen Maße als Transmissionsriemen fungieren können (Klüver 2018, 2015). In dieser Studie gehen wir über den bisherigen Forschungsstand hinaus und untersuchen zum ersten Mal systematisch die Schnittmenge zwischen den Agenden von Bürgern und organisierten Interessen. Ein Mindestmaß an Überlappung bei den Prioritätenlisten politischer Themen ist eine Grundvoraussetzung

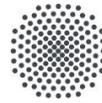


für die Funktion organisierter Interessen als Transmissionsriemen. Um dies herauszufinden, analysieren wir das repräsentative Potential eines breiten Spektrums an organisierten Interessen, einschließlich Unternehmen und anderen Wirtschaftsorganisationen.

2 Die repräsentative Funktion von organisierten Interessen

Während eine Korrelation zwischen öffentlichen Politiken und öffentlicher Meinung ausreichend ist, um die Responsivität eines politischen Systems festzustellen (Franklin und Wlezien 1997; Wlezien 1995; Monroe 1979), ist die Kongruenz in der Literatur definiert als eine (perfekte) Deckungsgleichheit zwischen Politiken und der Mehrheitsmeinung in der Öffentlichkeit (Erikson et al. 1993; Lax und Phillips 2012; Wlezien 2017). Allerdings haben sich die bisherigen Studien darauf beschränkt, zu untersuchen, ob es eine ideologische Korrelation zwischen den Präferenzen von Bürgern und den Inhalten von konkreten Politiken gibt (Elling 1982; Kuklinski 1978) oder ob ein positiver Zusammenhang zwischen den Ausgabenwünschen der Bürger in ausgewählten Politikfeldern und dem tatsächlichen Ausgabenniveau besteht (Canes-Wrone und Shotts 2004; Wlezien und Soroka 2012). Wir erwarten jedoch schon allein deshalb keine perfekte Kongruenz der Präferenzen von Bürgern und organisierten Interessen, weil Letztere häufig an eher partikularistischen Themen arbeiten. Außerdem gibt es keinen Standard hinsichtlich des wünschenswerten Ausmaßes einer Überlappung der Prioritäten der Öffentlichkeit und Verbändelandschaft. Stattdessen wollen wir erstens untersuchen, wie groß die Schnittmenge der Agenden von Bürgern und organisierten Interessen auf einer aggregierten Ebene ist. In einem zweiten Schritt schauen wir uns an, welche Faktoren auf der individuellen Ebene das Ausmaß beeinflussen, in dem die Bürger erwarten können, von organisierten Interessen in der politischen Arena repräsentiert zu werden. Hier liegt der Fokus auf zwei Faktoren, die häufig genannt werden, wenn es darum geht, den Grad der Repräsentation von Bürgern im politischen System zu bestimmen: die öffentliche Salienz der Themen, die einem Individuum wichtig sind sowie dessen sozioökonomischer Status. Zudem untersuchen wir mit dem Grad der Extremität von politischen Einstellungen eine Einflussgröße, die in bisherigen Studien unterbeleuchtet ist.

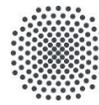
In einer der Studien zur Umweltpolitik in den USA hat Agnone (2007) herausgefunden, dass sich öffentliche Meinung und Lobbying gegenseitig verstärken können. Schließlich erhöht das Lobbying von Umweltgruppen die Salienz des Themas für Politiker in einem Feld, das – im konkreten Fallbeispiel – auch für die Öffentlichkeit wichtig ist. Im europäischen Kontext haben Rasmussen et al. (2014) eine ganz allgemeine Verknüpfung zwischen öffentlicher Meinung und



der Aktivität von Interessengruppen in dem Sinne festgestellt, dass die Interessengruppenaktivität im Konsultationsverfahren der Europäischen Kommission ansteigt, wenn das Thema von den Bürgern als salient angesehen wird. Außerdem konnten Flöthe und Rasmussen (2018) in einer neueren Untersuchung zeigen, dass es bei von den Forschern vorausgewählten Themen ein gewisses Maß an positioneller Kongruenz zwischen Bürgern und Interessengruppen in Deutschland, den Vereinigten Königreich und einigen weiteren westeuropäischen Ländern gibt. Boräng et al. (2018) wiederum haben das Potential von Interessengruppen untersucht, als Transmissionsriemen für Präferenzen der Bürger zu fungieren. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass Interessengruppen in ihrer Gesamtheit besser die Verteilung ideologischer Präferenzen in der Bevölkerung als politische Parteien widerspiegeln. Dies gilt insbesondere in westeuropäischen Ländern wie Belgien und Schweden, in denen die Parteien häufig Bürgern, die ökonomisch links, aber bei sozialkulturellen Themen eher autoritär eingestellt sind, kein Angebot machen. Die Präferenzkonfigurationen dieser Bürger werden hingegen in einem stärkeren Maße von Interessengruppen repräsentiert.

Im deutschen Kontext haben ebenfalls nur wenige Studien untersucht, wie Interessengruppen als Transmissionsriemen zwischen Bürgern und dem Staat fungieren können. Dabei hat Klüver (2015, 2018) analysiert, inwiefern Interessengruppen eine intermediäre Instanz zwischen Bürgern und Politikern darstellen können. Sie hat erstens herausgefunden, dass im Sinne eines *Bandwagon*-Effekts umso mehr Interessengruppen in einem Politikfeld aktiv werden, je salienter ein Thema für die Öffentlichkeit wird (Klüver 2015). Jedoch hat Klüver nur Interessengruppen betrachtet, die natürliche Personen als Mitglieder haben. Zweitens passen die Parteien ihre Agenden dem Grad der Mobilisierung von Interessengruppen und den Forderungen der Wähler an. Und drittens sind Interessengruppen erfolgreicher darin, die politischen Prioritäten von Parteien zu beeinflussen als die Wähler.

Da die Repräsentanten von Interessengruppen sich nicht für öffentliche Ämter bewerben, müssen sie nicht in dem Maße responsiv gegenüber Veränderungen in den Präferenzen der Bevölkerung sein wie Parteien oder Kandidaten. Tatsächlich scheinen die Agenden von organisierten Gruppen im Zeitverlauf ziemlich stabil zu sein (Kimball et al. 2012). Dabei haben Wirtschaftsinteressen gegenüber anderen Organisationen gleich einen doppelten Vorteil, weil sie im Schnitt sowohl über größere materielle Ressourcen als auch über für die politischen Entscheidungsträger relevanten Informationen verfügen (Smith 1984). Während dies noch keinen Einfluss auf politische Entscheidungen garantiert (Baumgartner et al. 2009; Dür et al. 2015), könnten die stabilen Agenden von organisierten Interessen auch die Regierungsagenda bestimmen.

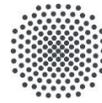


Besonders das Phänomen des *niche lobbying* könnte Themen auf die Regierungsagenda setzen, die nicht im Interesse der Öffentlichkeit sind (Baumgartner und Leech 2001). Wenn organisierte Interessen an den für die Bürger weniger salienten Themen arbeiten, könnte die Schnittmenge zwischen der Lobby-Agenda und der Agenda der Öffentlichkeit gering sein.

Jedoch muss berücksichtigt werden, dass zum einen das Interessengruppen-System in seiner Gesamtheit eine große Bandbreite gesellschaftlicher Interessen abbildet, und zum anderen von den politischen Entscheidern ein Mindestmaß an Responsivität gegenüber diesen gesellschaftlichen Bedürfnissen erwartet werden kann (Monroe 1998; Wlezien 1995, 2004). So reagieren in den USA alle gewählten Institutionen, und in einem geringeren Maße sogar der *Supreme Court*, auf Veränderungen der öffentlichen Meinung (Stimson et al. 1995). Diese Rückbindung von politischen Akteuren an die Wählerschaft müssen somit auch organisierte Interessen in ihrem strategischen Handeln berücksichtigen, wenn sie politische Entscheidungen beeinflussen wollen. Zudem haben Rasmussen et al. (2017) gezeigt, dass in Deutschland und anderen westeuropäischen Ländern organisierte Interessen mit ihrem Lobbying erfolgreicher sind, wenn die Öffentlichkeit ähnliche Präferenzen hat. Auch im Kontext der EU-Gesetzgebung sind Interessengruppen und Politiker am responsivsten gegenüber den Forderungen der Öffentlichkeit, wenn die Themen salient sind (Rauh 2016). Deshalb gehen wir davon aus, dass organisierte Interessen responsiver bei Themen sind, die für die Bevölkerung eine gewisse Bedeutung haben:

H1: Je salienter ein Thema für die Öffentlichkeit ist, desto größer ist die Schnittmenge zwischen den Agenden von Bürgern und organisierten Interessen.

Da die Entscheidungen im politischen System gegenüber den Präferenzen der Einkommensstarken verzerrt zu sein scheinen (Elsässer et al. 2017; Giger et al. 2012), stellt sich die Frage, ob organisierte Interessen zu einer besseren Repräsentation der Einkommenschwachen beitragen können. Dabei muss allerdings berücksichtigt werden, dass die Mitglieder in Verbänden tendenziell zu den privilegiierteren gesellschaftlichen Gruppen zählen (Lowery et al. 2015; Schattschneider 1960). So verfügen Bürger, die Mitglieder von Interessengruppen sind oder sozialen Bewegungen angehören, nicht nur über ein höheres Bildungsniveau, sondern ebenso über mehr materielle Ressourcen (Verba et al. 1995). Somit kann angenommen werden, dass auch organisierte Interessen gegenüber den Präferenzen wohlhabenderer Menschen voreingenommen sind, was zu unserer zweiten Hypothese führt:

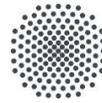


H2: Je einkommensstärker Bürger sind, desto größer ist ihre Schnittmenge mit der Themen-Agenda organisierter Interessen.

Interessengruppen suchen sich *Policy*-Nischen und können sich in ihrer Positionierung voneinander abgrenzen (Gray und Lowery 1996; Denzau und Munger 1986). Somit könnten auch unorganisierte Wähler mit spezifischen *Policy*-Interessen durch gut organisierte und strategisch handelnde Interessengruppen repräsentiert werden, wenn es deren Beziehungen zu Abgeordneten förderlich ist. In diesen Nischen ist außerdem Raum für ideologisch extremere Präferenzen, die zum einen ein Mittel sind, um sich von anderen Gruppen abzugrenzen, aber auch um Mitglieder zu gewinnen und das Entstehen neuer, radikalerer Gruppen zu verhindern (Lowery 2007). Die Wahrscheinlichkeit, dass sich Bürger in diesen Nischen wiederfinden und somit von organisierten Interessen repräsentiert werden, sollte somit größer sein als im klassischen System der Repräsentation durch politische Parteien. Denn selbst die Positionen von Nischen-Parteien orientieren sich häufig an den *Policy*-Präferenzen der breiteren Öffentlichkeit (Romeijn 2018). Deshalb gehen wir davon aus, dass die „Außenseiter“ in der Wählerschaft im breiteren Angebot der unterschiedlichen organisierten Interessen fündig werden:

H3: Je weiter Bürger von der ideologischen Mitte entfernt sind, desto größer ist ihre Schnittmenge mit der Themen-Agenda organisierter Interessen.

Bei den organisierten Interessen erwarten wir auf der Gruppen-Ebene, dass Wirtschaftsinteressen weniger repräsentativ für die Öffentlichkeit sind als andere Gruppen, weil sie eine geringere Bandbreite an gesellschaftlichen Interessen widerspiegeln. Unter Wirtschaftsinteressen verstehen wir sämtliche Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände sowie einzelne Unternehmen. In Gegensatz dazu stehen Nicht-Wirtschaftsinteressen in direktem Kontakt mit ihrer Mitgliedschaft, die häufig deckungsgleich mit einem größeren Teil der Wählerschaft ist (Berry und Wilcox 2018). Gruppen, die auf individuelle Mitglieder zielen, haben außerdem einen größeren Anreiz, sich politisch und gesellschaftlich hochsalienter Themen anzunehmen (Lowery 2007). Schließlich hat die Forschung gezeigt, dass Nicht-Wirtschaftsinteressen eher dazu neigen, neue Themen auf die politische Agenda zu bringen und sich für einen Politikwechsel einzusetzen, während Wirtschaftsinteressen eher den regulativen Status Quo verteidigen (Dür et al. 2015). Das



macht Nicht-Wirtschaftsinteressen zu natürlichen Verbündeten von Bürgern, die einen Handlungsbedarf der Regierung in einem bestimmten Politikfeld sehen. Aus diesen Gründen werden wir in unserer Analyse zwischen Wirtschafts- und Nicht-Wirtschaftsinteressen differenzieren.

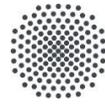
3 Daten, Messung und Exploration der Themen-Schnittmenge

Um die Agenden der organisierten Interessen in Deutschland abzubilden, haben wir zwischen März und September 2017 119 Interviews mit Lobbyisten von Wirtschafts- und Nichtwirtschaftsinteressen geführt. Dabei hatten wir Interviews mit mindestens 20 Unternehmen anvisiert. Damit tragen wir der gestiegenen Rolle des Firmenlobbyings Rechnung und haben gleichzeitig eine ausreichende Varianz bei den Firmen sichergestellt, um Zufallsschwankungen zu verkleinern. Die Stichprobe teilt sich ferner in eine „Zufalls-“ und eine „Top-“ Teilstichprobe auf. Während die Zufallsstichprobe repräsentativer für die organisierten Interessen in Deutschland ist, besteht das *Top sample* aus den Interessengruppen und Unternehmen, die politisch besonders aktiv und relevant für die politischen Entscheidungsträger in Berlin sind. Tabelle 1 gibt einen Überblick über die Verteilung der organisierten Interessen in unseren Stichproben, mit denen wir Interviews geführt haben. Wir haben drei verschiedenen Strategien angewendet, um die Gesamtheit der organisierten Interessen in Deutschland abzubilden.

Um eine Zufallsstichprobe der deutschen Verbände zu ziehen, haben wir die Online-Version des OECKL-Verzeichnisses deutscher Organisationen verwendet.¹ Gemäß den Auswahlkriterien mussten die Organisationen politische Interessen wirtschaftlicher oder nichtwirtschaftlicher Natur vertreten und ein Mindestmaß an politischer Aktivität aufweisen (Hanegraaff und Braun 2017). Zweitens haben wir eine Zufallsstichprobe deutscher Firmen aus der Liste der 500 größten Firmen nach der Tageszeitung „Die Welt“ gezogen, da wir davon ausgingen, dass Firmen erst ab einer gewissen Größe selbstständig lobbyieren (Bernhagen und Mitchell 2009; Kim 2008; Drope und Hansen 2006; Grier et al. 1994). Beide Schritte ergeben den Zufallsteil unserer Stichprobe organisierter Interessen in Deutschland. Das *Top sample* setzt sich aus den Unternehmen und Verbänden zusammen, die in den Jahren 2011 und 2012 insgesamt mindestens zweimal in eine Anhörung des Deutschen Bundestags eingeladen wurden.² Aus dieser Gesamtheit haben wir schließlich die Stichprobe der politisch aktivsten Interessenorganisationen und Unternehmen gezogen.

¹ <https://www.oeckl.de/oeckl-online/> (Stand: Februar 2017).

² Für das Jahr 2011 konnten wir auf einen Datensatz von Eising und Spohr (2016) zurückgreifen.



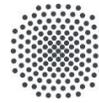


Tabelle 1: Anzahl der Wirtschafts- und Nicht-Wirtschaftsinteressen in der Stichprobe

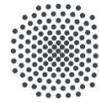
	Top Sample	Zufallsstichprobe
Wirtschaftsinteressen (Unternehmen)	28 (11)	35 (11)
Nicht-Wirtschaftsinteressen	28	28
Gesamt	56	63

Die persönlichen Experteninterviews mit den Lobbyisten, die diese Interessenorganisationen vertreten, dauerten in der Regel zwischen 45 und 60 Minuten. Insgesamt konnten wir auf diese Weise 797 Themen ermitteln. Dazu haben wir unsere Interviewpartner zunächst gefragt, welches die wichtigsten politischen Themen sind, mit denen die Organisation in den letzten sechs Monaten am meisten Arbeitszeit verbracht hat. Zusätzlich haben wir erstens gefragt, ob es andere Themen gab, die zwar wichtig für die Kernziele der Organisation sind, denen sie aber im letzten halben Jahr nicht viel Zeit widmen konnten, zweitens, welche Themen sie gerne auf der Regierungsagenda sähen, und drittens, welche sie nach Möglichkeit von der Regierungsagenda fernhalten wollen.

Um die Agenda der Bürger abzubilden, wurde eine repräsentative CATI-Umfrage unter Bürgern, die älter als 18 sind und in Deutschland leben, durchgeführt. Die Befragung erfolgte im Oktober 2017, also im Nachgang der damaligen Bundestagswahl. Aufgrund unseres Forschungsinteresses und methodologischer Kritik an der Frage nach dem „wichtigsten Problem“ (siehe Wlezien 2005), haben wir den Respondenten die folgende Frage gestellt:

Die Bundesregierung trifft in vielen verschiedenen Bereichen Entscheidungen, die das Land und die einzelnen Bürger betreffen. Was ist derzeit aus Ihrer Perspektive das wichtigste Thema, bei dem Sie sich eine Veränderung der aktuellen Regierungspolitik wünschen würden?

Anstelle also nach einem “Problem” zu fragen, von dem die Bürger erwarten oder nicht erwarten mögen, dass sich die Regierung darum kümmern sollte, haben wir gefragt, welches Thema sie gerne auf der Tagesordnung der Regierung sähen. Diese Fragestellung erlaubt uns die Daten aus der Bevölkerungsumfrage und den Experteninterviews miteinander zu verknüpfen und zu vergleichen. Ferner haben wir offene Folgefragen verwendet, in denen wir die befragten Bürger gebeten haben, detaillierter zu beschreiben, was genau sie mit diesem Thema meinen und welcher Art der Wandel in der aktuellen Regierungspolitik sein sollte, den sich hier wünschen. Während der Interviews wurde darauf geachtet, den Fokus auf der bundespolitischen Ebene zu halten und etwa EU-Themen nur aufzunehmen, wenn diese mit einem konkreten Handeln des



deutschen Gesetzgebers, etwa bei der innerstaatlichen Umsetzung von EU-Gesetzen, verbunden sind. Ein Beispiel hierfür ist die Umsetzung der Zahlungsdienste-Richtlinie in deutsches Recht, bei der es um die Zulassung alternativer Anbieter zu den traditionellen Banken geht.

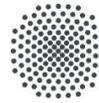
Um die Agenden von organisierten Interessen und Bürgern miteinander zu vergleichen und ihre Schnittmenge zu analysieren, verwenden wir die deutsche Version des Kodierschemas des *Comparative Agendas Project* (CAP) (Breunig und Schnatterer 2017). Dieses liefert 21 Hauptthemen (*major codes*), die wiederum in 220 Unterthemen (*minor codes*) unterteilt sind, die sowohl im Längs- als auch Querschnitt zwischen unterschiedlichen Ländern verglichen werden können. Alle Themen, die von befragten Bürgern und/ oder organisierten Interessen genannt worden sind, wurden einem Unterthema, dem *minor code*, zugewiesen, was die Beobachtungen zwischen unseren Teil-Datensätzen vergleichbar macht. Die Unterthemen sind in den Hauptthemen geschachtelt. So gehört beispielsweise der *minor code* 230 (Einwanderung, Flüchtlinge, Aussiedler und Einbürgerung) zum zweiten Hauptthema (Bürger- und Freiheitsrechte, Minderheitsrechte). In beiden Teildatensätzen wurden die Kodierungen von mehreren trainierten Kodierern durchgeführt. Gab es keine Mehrheitsmeinung, wurde von einem Supervisor entschieden. Im Umfragedatensatz lagen solche uneindeutigen Kodierungen bei 14,74 Prozent und bei den Experteninterviews bei 17,96 Prozent.

4 Themenschwerpunkte der Bürger und der organisierten Interessen

Wir beginnen mit der Untersuchung der Schnittmenge zwischen Politiken, welche die Bürger gerne auf der Regierungsagenda sehen würden und jenen, an denen die organisierten Interessen arbeiten. Dabei schauen wir uns zunächst die allgemeineren Politikfelder an, um einen ersten Eindruck von dem Ausmaß der Korrespondenz bzw. Diskrepanz zwischen organisierten Interessen und der Öffentlichkeit zu gewinnen.

Hauptthemen

Abb. 1a zeigt die absoluten Häufigkeiten der Hauptthemen der Bürger (X-Achse) und der organisierten Interessen (Y-Achse). Je höher ein Thema auf der Y-Achse angeordnet ist, desto mehr Gruppen arbeiten daran, während das Thema umso häufiger von den Bürgern genannt wurde, je weiter rechts es sich auf der X-Achse befindet. Ausgeschlossen werden dabei Hauptthemen, die sowohl von den Bürgern als auch den organisierten Interessen kein einziges Mal



genannt wurden.³ Die Politikfelder, die von Bürgern und Gruppen genannt wurden, sind mit einem Pearsons r von 0,43 moderat korreliert. Auffällig ist dabei, dass das Hauptthema Bildung bei der Bevölkerung am häufigsten genannt wird. Da wir in unseren Experteninterviews jedoch explizit nach Bundesthemen gefragt und Länderthemen nicht inkludiert haben, könnte die Unterrepräsentierung des Themas Bildung bei den organisierten Interessen ein Artefakt der Datenerhebung sein. Denn insbesondere das Unterthema 602 „Grundschule und weiterführende Schule“ betrifft einen Bereich der exklusiven Länderkompetenzen. Deshalb haben wir den Korrelationskoeffizienten nach Ausschluss dieses Unterthemas (77 von insgesamt 200 Nennungen im Politikfeld Bildung) erneut berechnet. Der Wert erhöht sich dadurch auf $r=0,49$.

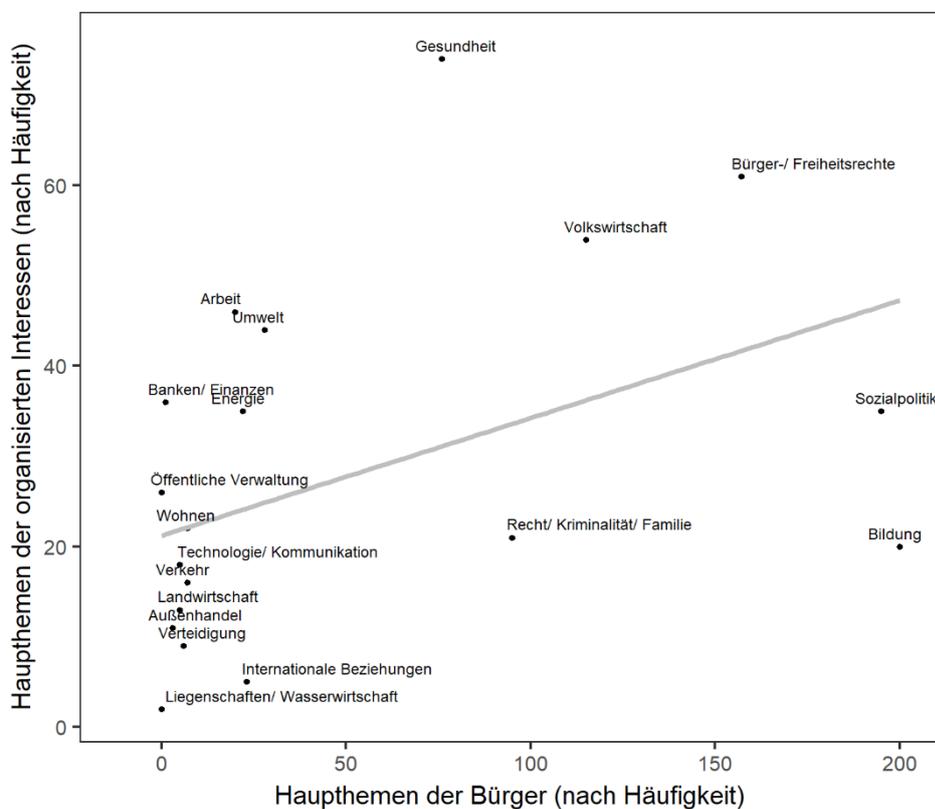
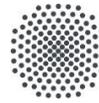


Abb. 1a: Bivariater Zusammenhang der Häufigkeiten der Hauptthemen (n=20)

In der nächsten Abb. (1b) sind sowohl die Agenden von organisierten Interessen als auch den Bürgern nach Wichtigkeit sortiert und in einem Streudiagramm gegenübergestellt. Die Wich-

³ Diese Themen sind weder für die Bevölkerung noch die organisierten Interessen salient und werden daher ausgeschlossen. Ansonsten könnte das Ausmaß der Kongruenz durch die Auswahl der Kodier-Kategorien überschätzt werden.



tigkeit entspricht dem umgekehrten Rang eines Themas, was sich mit folgendem Beispiel veranschaulichen lässt: Bildung ist das wichtigste Hauptthema für die Bevölkerung und wird dem Wert 15 zugewiesen, welches dem Rang der am wenigsten für die Bürger bedeutenden Politikfelder (z.B. Bank- und Finanzwesen) entspricht, die zumindest einmal genannt wurden. Dadurch werden die Werte entzerrt und die Tatsache, dass die Fallzahl der Bürger deutlich höher ist, kontrolliert. Das wichtigste Hauptthema für die organisierten Interessen ist das Gesundheitswesen, die am wenigsten bedeutenden, die jeweils nur zweimal genannt wurden, sind „Öffentliches Land und Wasserwirtschaft“ und die Wiedervereinigung. Die Korrelation zwischen den nach Rängen geordneten Hauptthemen ist relativ stark (Spearman's $\rho = 0,54$). Ohne die Schuldbildung fällt das Politikfeld Bildung bei den Bürgern auf den dritten Rang, hinter der Sozialpolitik sowie den Bürger- und Freiheitsrechten. Diese Veränderung lässt auch Spearman's ρ leicht auf 0,57 steigen.

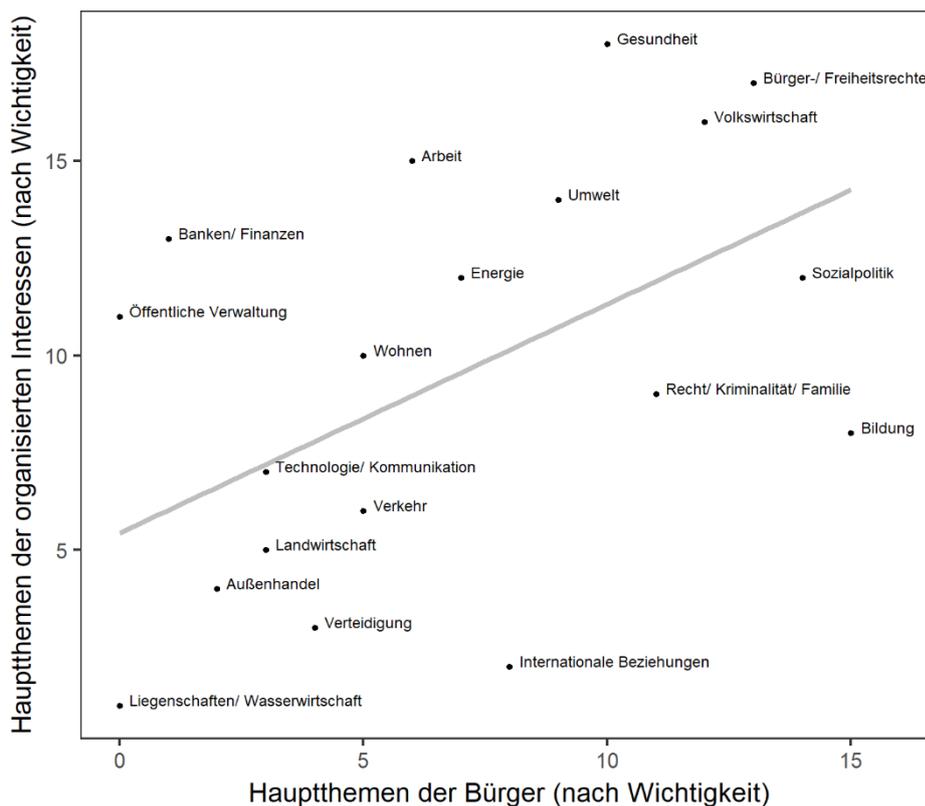
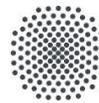


Abb. 1b: Bivariater Zusammenhang zwischen nach Wichtigkeit geordneten Hauptthemen (n = 20)

Unterthemen

Innerhalb eines Politikfelds können Bürger und organisierte Interessen recht unterschiedliche Agenden haben. Dies wird an Beispielen aus den Hauptthemen *Bürger- und Freiheitsrechte*, *Gesundheitswesen* und *Volkswirtschaft* deutlich (Abb. 2a - 2c). Insbesondere haben organisierte



Interessen ein breiteres Interesse an unterschiedliche Unterthemen innerhalb eines Hauptthemas, während die Bürger nur eine kleine Anzahl der Unterthemen genannt haben. Wenn also die Bürger von „Bürger- und Freiheitsrechten“ sprechen, meinen sie fast ausschließlich die Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik, während die organisierten Interessen fast alle Unterthemen in diesem Politikfeld abdecken (Abb. 2a). Am häufigsten nennen die Organisationen das Thema *Persönlichkeitsrechte und Informationsfreiheit*, worunter zumeist Themen aus den Bereichen Datenschutz und Digitalisierung fallen.

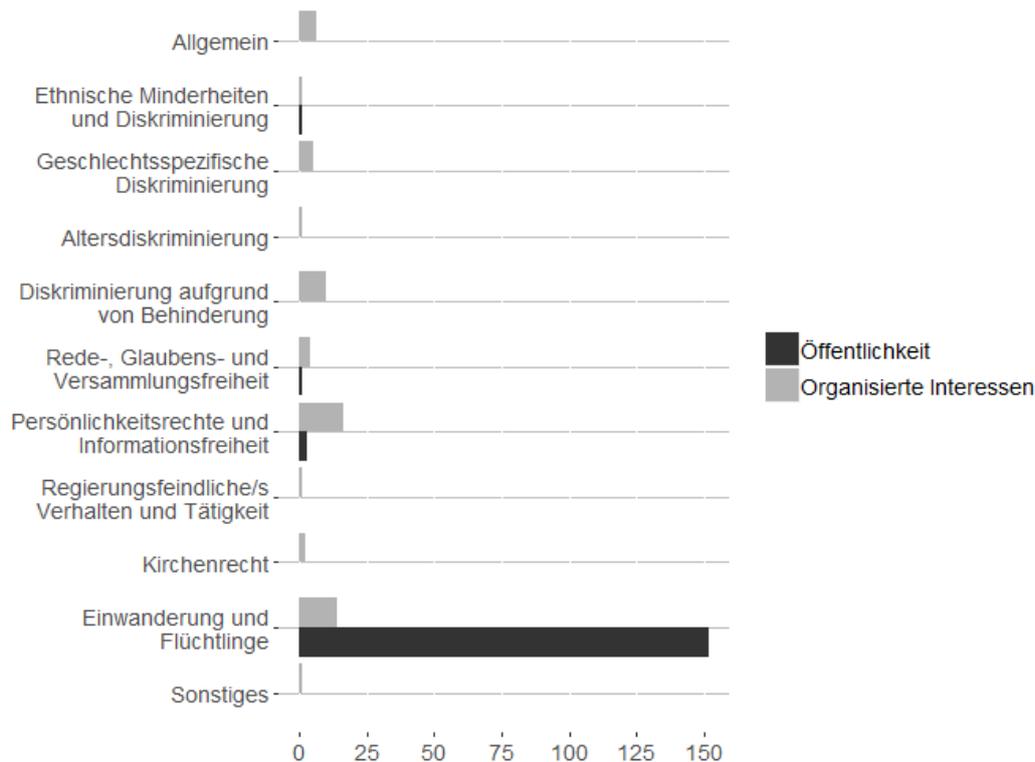


Abb. 2a: Unterthemen aus dem Politikfeld Bürger- und Freiheitsrechte nach Häufigkeit

Während die Verbände und Unterthemen auch im Bereich der Gesundheitspolitik (Abb. 2b) an einer sehr breiten Themenpalette arbeiten, konzentrieren sich die Interessen der Bürger hier auf allgemeine Themenkomplexe, den Fachkräftemangel, die Reform der gesetzlichen Krankenversicherung sowie die Pflege.

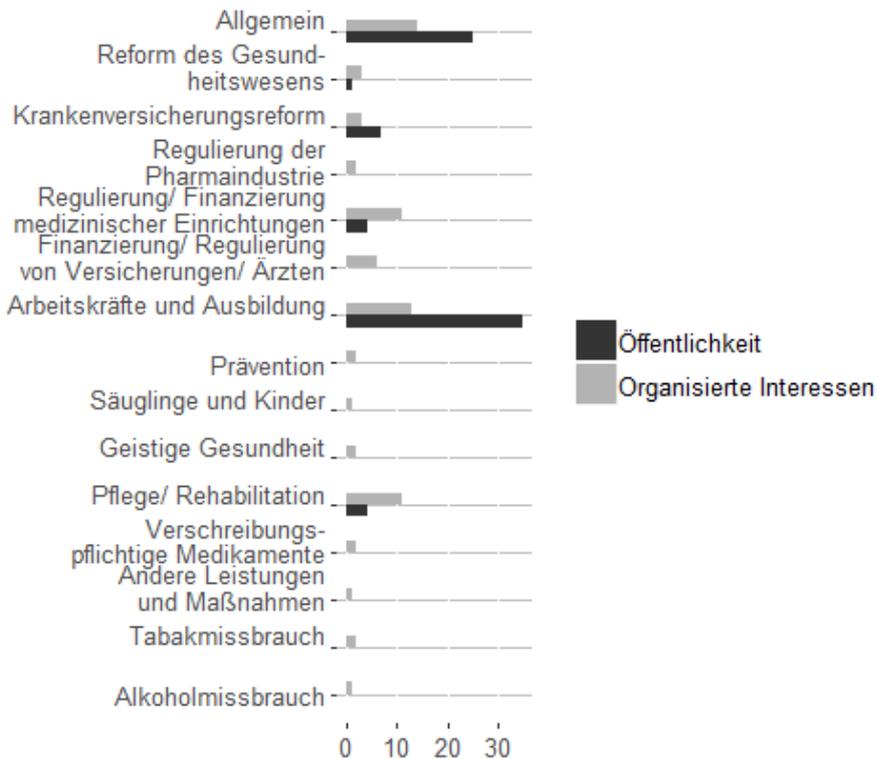
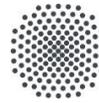


Abb. 2b: Unterthemen aus dem Politikfeld Gesundheitswesen nach Häufigkeit

Die Themenhäufigkeiten beinhalten keinerlei Informationen über die Positionalität. So ist z.B., wie sich Abb. 2c entnehmen lässt, das Unterthema *allgemeine wirtschaftspolitische Themen* das sowohl von Bürgern als auch organisierten Interessen am häufigsten genannte Unterthema im Hauptthema *Volkswirtschaft*. Während vielen Bürgern hier die „Verringerung der Schere zwischen Arm und Reich“ ein wichtiges Anliegen war, findet sich bei den organisierten Interessen in dieser Kategorie ein breiter Themenmix von der „steuerlichen Förderung von Innovationsforschung“ über die „ökologische Umgestaltung der Wirtschaft“ und den „Brexit“ bis hin zur „politischen Macht der Konzerne“. So werden sowohl einer befragten Bürgerin, die in der Bevölkerungsumfrage eine „gerechtere Umverteilung von massiven Vermögenswerten in oberen und mittleren gesellschaftlichen Schichten“ sowie eine „Wiedereinführung der Steuer für Super-Reiche“ gefordert hat als auch einem Lobbyisten einer Organisation, der angegeben hat, die Einführung einer Finanztransaktionssteuer „wäre ein Albtraum“ jeweils der CAP-Code 107 (*Steuerpolitik und -reformen*) zugewiesen. Hier liegt zwar offensichtlich ein geteiltes Interesse an einem Thema, aber mit völlig unterschiedlichen Positionen vor.

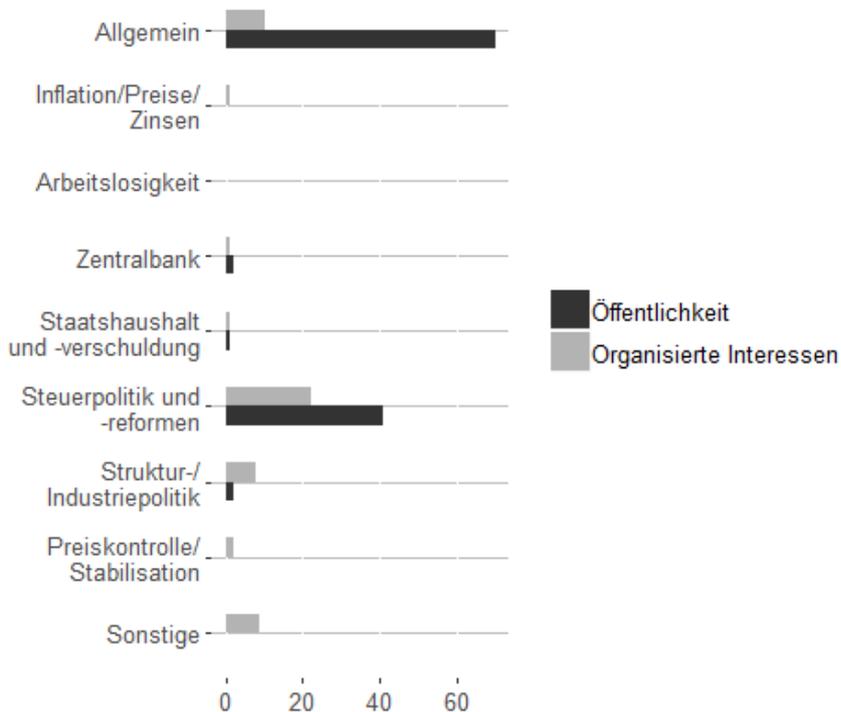
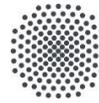


Abb. 2c: Unterthemen für das Politikfeld Volkswirtschaft nach Häufigkeit

Aufgrund der großen Variation an Agenden innerhalb der Hauptthemen werden wir im Folgenden die Agenden von Bürgern und organisierten Interessen auf der niedrigeren Aggregationsstufe, den CAP-Unterthemen, miteinander vergleichen. Wie bei den Hauptthemen schauen wir uns zuerst die absoluten Häufigkeiten an und vergleichen anschließend wieder ihre Wichtigkeit. Auch hier bleiben Unterthemen ausgeschlossen, die weder von Bürgern noch von organisierten Interessen genannt wurden. Bei den Unterkategorien kommt es auch vor, dass Themen – etwa Rente und Sozialpolitik – dieselbe absolute Häufigkeit und damit auch dieselbe Wichtigkeit haben. Erneut sind nach Maßgabe der Häufigkeiten die Agenden moderat korreliert, in diesem Fall mit einem Pearsons r von 0,37 (Abb. 3a).⁴ Ohne die Schulbildung steigt dieser Wert auf 0,38. Beschriftet sind in der Grafik die jeweils zehn von Bürgern und organisierten Interessen am häufigsten genannten Unterthemen.⁵

⁴ Anders als Abb. 3a suggeriert, ist diese Korrelation nicht von einigen wenigen Ausreißern getragen. Denn die einschlägigen Parameter wie „Cooks distance“ und $dfbeta$ sind unauffällig.

⁵ Aus Gründen der Darstellbarkeit wurde bei Themen auf dem gleichen Rang für beide Agenden-Gruppen jeweils nur eines genannt. Häufig ergab sich dies daraus, dass es jeweils auch auf der anderen Agenda in der Top-10 steht. So werden als am dritthäufigsten (14-mal) genannte Unterthemen bei den organisierten Interessen die Immigrationspolitik und allgemeine gesundheitspolitische Fragen beschriftet, weil sie auch bei den Bürgern auf Platz 1 bzw. 10 stehen. Weitere Themen, die von unseren Organisationen ebenfalls 14-mal genannt wurden, sind *Luftverschmutzung und Erderwärmung* sowie die Kategorie *Sonstiges* (CAP-Code 599) im Politikfeld Arbeit. Dies liegt im Wesentlichen daran, dass wir den Fragen der Selbstregulierung der freien Berufe, diese Kodierung zugewiesen haben. Diese Datenpunkte sind nicht beschriftet.

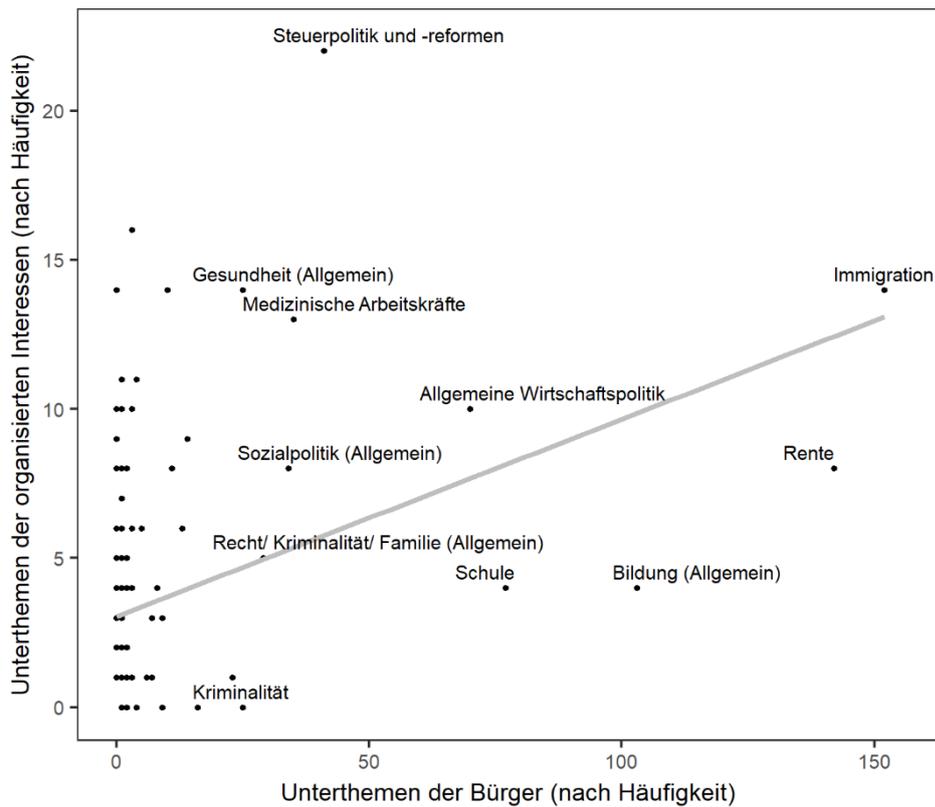
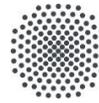
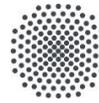


Abb. 3a: Bivariater Zusammenhang zwischen den Unterthemen nach Häufigkeiten (n=159)

Wenn wir uns den bivariaten Zusammenhang zwischen der Wichtigkeit von Unterthemen für die Bürger auf der einen und organisierten Interessen auf der anderen Seite anschauen (Abb. 3b), sehen wir, dass Immigration (Label für *Einwanderung und Flüchtlinge*) das für die Bürger wichtigste Unterthema ist, während die meisten organisierten Interessen an Steuerthemen arbeiten. Wir stellen außerdem einen niedrigeren Rangkorrelationskoeffizienten (Spearman's $\rho=0,28$) fest, als die bei den Hauptthemen der Fall war. Ohne die Schuldbildung als das viertwichtigste Unterthema für die Bürger fällt dieser Wert geringfügig auf 0,27. Während für die Bürger noch die Rente und allgemeine bildungspolitische Themen ganz oben auf der Agenda stehen, arbeiten viele unserer interviewten Organisation an Digitalisierungs- und gesundheitspolitischen Themen. Eine Schnittmenge von beiden ist z.B. die Frage, ob Ärzte über die elektronische Gesundheitskarte auf eine Patientenakte zugreifen dürfen, die von einigen Organisationen genannt wurde. Die Palette der Themen in diesem Bereich reicht aber sehr weit – von der Speicherung und Weitergabe der Verbrauchsdaten von Wohnungseigentümern (*smart grid*), über die Einführung elektronischer Akten im Rechtsverkehr bis hin zur Vorratsdatenspeicherung. Addiert man hierzu noch die weiteren Digitalisierungsthemen, die anderen CAP-Codes



zugewiesen wurden, sowie die Tatsache, dass viele Organisation mit verbandsinternen Digitalisierungsthemen beschäftigt waren, ergibt sich hier ein „Super“- und Querschnittsthema, das die deutsche Verbändelandschaft wesentlich stärker als die Bevölkerung umtreibt. Auch die Immigrationspolitik steht bei den organisierten Gruppen auf dem dritten Rang, allerdings, wie bereits erwähnt, verbunden mit einer wesentlich liberaleren Haltung, als dies in der Bevölkerung der Fall ist.

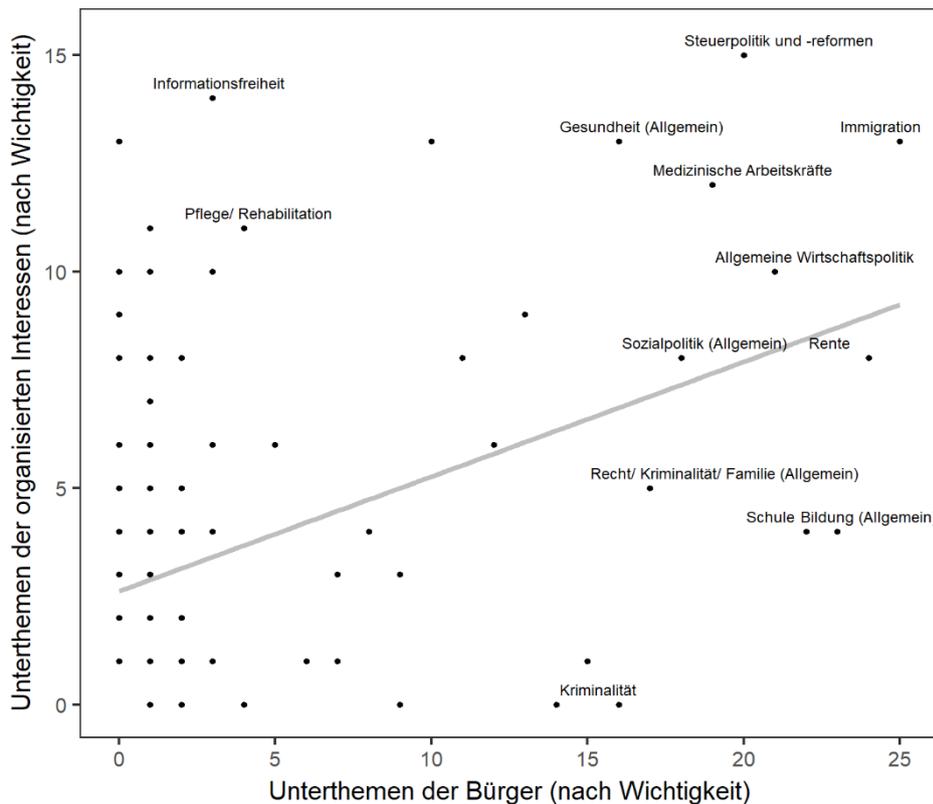
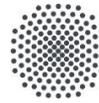


Abb. 3b: Bivariater Zusammenhang zwischen nach Wichtigkeit geordneten Unterthemen (n=159)

Nachdem wir gezeigt haben, dass es – gemessen an den berichteten Zusammenhangsmaßen – zumindest eine mäßige Schnittmenge zwischen den Agenden von Bürgern und organisierten Interessen gibt, analysieren wir im Folgenden die Faktoren, die den Grad der Kongruenz zwischen einem befragten Bürger und den organisierten Interessen auf einer individuellen Ebene beeinflussen.

5 Multivariate Analyse: Erklärung von Variationen in der Themen-Schnittmenge

Abhängige Variable



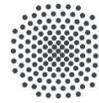
Wir operationalisieren die Kongruenz zwischen Bürgern und organisierten Interessen als *Bürger-Interessen-Schnittmenge* (McKay et al. 2018), die unsere primäre unabhängige Variable ist. Die Untersuchungseinheit ist das Unterthema (*minor code*), die jeweils von unseren befragten Bürgern genannt wurde. Für jede dieser Unterkategorien ermitteln wir die relative Anzahl an organisierten Interessen, die an diesem Thema arbeiten. Zu diesem Zweck haben wir die Anzahl der organisierten Interessen, die an einem Unterthema arbeiten, addiert und jeweils durch die Gesamtzahl aller Themen, an denen mindestens eine Interessenorganisation in Deutschland arbeitet, geteilt. Somit ist jedem Unterthema, das die Bürger genannt haben, eine relative Häufigkeit an Interessenorganisationen, die an diesem Thema arbeiten, zugeordnet.⁶ Die Bürger-Interessen-Schnittmenge hat eine Reichweite von 0 bis 4 Prozent. Bemessen an der Reichweite und den Maßen der zentralen Tendenz (arithmetisches Mittel = 1,46; Median = 1,45) deutet die Standardabweichung (0,98) auf eine große themenbezogene Variation bei der Schnittmenge hin, wobei die Daten keine besonderen Ausreißer vorweisen.

Da wir untersuchen wollen, ob sich die Effekte unserer erklärenden Variablen auf den Grad der Agenden-Schnittmenge von Bürgern und Interessenorganisationen zwischen bestimmten Typen von organisierten Interessen unterscheiden, teilen wir unseren Daten nach Organisationstyp auf, sodass im ersten Fall nur die Wirtschafts- und im zweiten nur die Nicht-Wirtschaftsinteressen enthalten sind. Analog zum obigen Verfahren können wir somit zwei weitere abhängige Variablen ermitteln: die *Bürger-Wirtschaftsinteressen-Schnittmenge* und die *Bürger-Nicht-Wirtschaftsinteressen-Schnittmenge*. Auf einer deskriptiven Ebene sehen wir, dass Bürger mit Nicht-Wirtschaftsinteressen eine etwas größere Schnittmenge als mit Wirtschaftsinteressen haben. Allerdings ist bei Letzteren die Spannweite etwas größer. So reicht diese bei Wirtschaftsinteressen von 0 bis 5,21 Prozent (arithmetisches Mittel: 1,39; Median: 0,98). Mit Nicht-Wirtschaftsinteressen haben die befragten Bürger eine Schnittmenge, die zwischen 0 und 3,7 Prozent variiert (arithmetisches Mittel: 1,54; Median: 1,23).

Erklärende Variablen

Alle erklärenden Variablen in den Regressionsmodellen sind der repräsentativen Bevölkerungsumfrage entnommen. Wir messen die *öffentliche Salienz* (H1) eines Unterthemas mithilfe des Prozentsatzes, den dieses unter allen von den befragten Bürgern genannten Unterthemen repräsentiert. So hat zum Beispiel das Unterthema *Einwanderung und Flüchtlinge* einen Wert von

⁶ Zur Erleichterung der Darstellbarkeit wandeln wir die relativen Häufigkeiten in Prozentzahlen um.



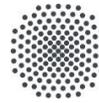
15,6, was ausdrückt, dass mehr als jeder sechste Befragte dieses Thema als das wichtigste genannt hat, bei dem er oder sie sich eine Änderung in der Regierungspolitik wünscht. Darüber hinaus schließen wir eine Variable in die Analyse ein, die unterschiedliche Niveaus von *Einkommen* misst (H2). Diese Variable hat eine ordinale Skala bestehend aus zehn Kategorien, die von einem angegebenen monatlichen Einkommen von „unter 500 EUR“ bis „4.500 EUR und mehr“ reicht. Um den Grad der Abweichung individueller ideologischer Einstellungen vom Mittel der Bevölkerung (*Extremismus*) zu ermitteln (H3), haben wir die Variable *Links-Rechts-Ideologie* (s.u.) von einer 11er- zu einer 6er-Skala rekodiert. Dabei wird dem Skalenmittelwert (5) der Ideologie-Skala der Wert 0 auf der Extremismus-Variable zugewiesen, während die Ideologiewerte 0 und 10 hier die den extremsten Pol abbilden.⁷

Wir kontrollieren um andere erklärende Faktoren. So schließen wir erstens die ideologische Selbsteinschätzung der Respondenten (*Links-Rechts-Ideologie*) in unsere Modelle ein, die von Links (0) bis Rechts (10) reicht. Zweitens haben wir die externe *political efficacy* (Selbstwirksamkeit) der Respondenten mit in die Regressionsmodelle aufgenommen. Diese haben wir als das arithmetische Mittel aus zwei Teilfragen zur externen *political efficacy* operationalisiert.⁸ Drittens haben wir die Parteiidentifikation der Befragten als Variable in die Modelle aufgenommen. Dabei konnten die Befragten zwischen allen seit der Bundestagswahl 2017 im Parlament vertretenen Parteien sowie den Optionen „Andere“ und „Keine“ auswählen.⁹ Demnach haben 36 Prozent der Befragten keinerlei Parteiidentifikation; diese Kategorie wurde von uns als Referenzgruppe verwendet. Viertens könnten sowohl das politische System als Ganzes als auch organisierte Interessen im Speziellen responsiver gegenüber Bürgern in den alten als in den neuen Bundesländern sein. Denn zum einen wurden die meisten Interessengruppen im westlichen Teil des Landes sowie Berlins gegründet und haben auch heute dort noch ihren Sitz. Zum anderen ist der Organisationsgrad sowohl von Parteien als auch von Verbänden seit der Wiedervereinigung in den neuen Bundesländern erheblich niedriger als in den alten (GESIS 2017; von Beyme 2017). Die externe *political efficacy* ist in den neuen Bundesländern ebenfalls niedriger als im Westen (Thaidigsmann 2000). Aus diesen Gründen kontrollieren wir geographische

⁷ Die Korrelation (Pearsons r) zwischen Links-Rechts-Ideologie und Extremismus ist mit 0,49 moderat, sodass beide Variablen zusammen in die multivariaten Modelle aufgenommen werden können.

⁸ Die entsprechende Frage lautet wie folgt: „Ich lese Ihnen nun einige Aussagen über Politiker vor. Bitte geben Sie jeweils an, ob Sie diesen Aussagen voll und ganz, eher, teils-teils, eher nicht oder überhaupt nicht zustimmen: ‚Die Politiker kümmern sich darum, was einfache Leute denken‘; die Politiker bemühen sich um einen engen Kontakt zur Bevölkerung“.

⁹ Die Frage lautet wie folgt: „Viele Leute neigen längere Zeit einer bestimmten politischen Partei zu, obwohl sie auch ab und zu eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen: Neigen Sie – ganzallgemein gesprochen – einer bestimmten Partei zu? Falls ja: Welcher?“



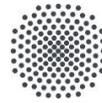
Konfliktlinien, indem wir in der Analyse berücksichtigen, ob ein Befragter seinen Wohnsitz in einem der neuen Bundesländer hat (*Neue Bundesländer* = 1, andernfalls 0). Schließlich werden Alter und Geschlecht als Kontrollvariablen in allen Regressionsmodellen berücksichtigt. Dabei ist das Alter eine kategoriale Variable, die aus sechs Kategorien („18-24 bis „65+“) besteht.

Wir schätzen zunächst ein lineares Regressionsmodell mit der *Bürger-Interessen-Schnittmenge* als abhängiger Variable als Grundmodell (M1). In einem zweiten Schritt teilen wir den Datensatz auf und nehmen jeweils die *Bürger-Wirtschaftsinteressen-Schnittmenge* (M2a) bzw. die *Bürger-Nicht-Wirtschaftsinteressen-Schnittmenge* (M2b) als abhängige Variablen. Dabei verwenden wir die vom Umfrageinstitut gelieferten Gewichte für Geschlecht, Alter und die Region, die sich am letzten Mikrozensus des Statistischen Bundesamts orientieren, um sicherzustellen, dass unsere Schätzungen weitgehend die soziodemographische Zusammensetzung der Bevölkerung widerspiegeln.

Ergebnisse

Tabelle 2 zeigt die Ergebnisse der multivariaten Regressionsanalyse.¹⁰ Dabei deutet ein positives Vorzeichen der Steigungskoeffizienten auf einen positiven Zusammenhang zwischen der betreffenden Variablen und der Größe der Schnittmenge zwischen Befragten und organisierten Interessen hin. Im ersten Modell mit allen Gruppen (M1) sind die Steigungskoeffizienten sowohl für die öffentliche Salienz als auch für den Extremismus signifikant. Beide weisen das nach Hypothesen 1 bzw. 3 erwartete positive Vorzeichen auf. Somit haben nach unseren Daten die Bürger eine größere Schnittmenge mit den organisierten Interessen je größer die öffentliche Salienz eines Themas ist (H1). Mit jedem Anstieg der öffentlichen Salienz um einen Prozentpunkt vergrößert sich die Schnittmenge mit den organisierten Interessen um knapp 0,07 Prozent. Gemäß der dritten Hypothese vergrößert sich ebenfalls die Schnittmenge der Bürger mit den organisierten Interessen je extremer ihre ideologischen Präferenzen werden (um ca. 0,07 Prozent mit jedem Punktanstieg auf der 6er-Skala des Extremismus). Zwischen dem Einkommen und der Schnittmenge der Bürger mit den organisierten Interessen besteht hingegen, anders als mit H2 erwartet, kein statistisch signifikanter Zusammenhang. Diese wie alle weiteren Effekte der metrischen Variablen werden in Abb. 5 durch Koeffizienten-Plots abgebildet. Die einzige Kontrollvariable mit signifikantem Effekt ist der Parteidummy für die FDP. Befragte,

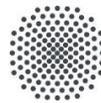
¹⁰ Auch hier haben wir alternativ alle Regressionsmodelle unter Ausschluss des Bildungscode 602 gerechnet; dabei gibt es keine substantiellen Abweichungen zu den Modellen unter Verwendung des vollständigen Datensatzes.



die sich mit der FDP identifizieren, haben somit eine um 35% größere Schnittmenge mit den befragten Organisationen als jene ohne FDP-Parteidentifikation.

Im Folgenden werden die Abweichungen der getrennten Modelle für Wirtschafts- und Nicht-Wirtschaftsinteressen zum Modell mit allen organisierten Interessen (M1) betrachtet. Dabei fallen relevante Unterschiede hinsichtlich des Effekts der Öffentlichen-Salienz-Variable auf. Während dieser im Modell mit den Nicht-Wirtschaftsinteressen (M2b) etwa doppelt so stark wie im Grundmodell ist, verliert er im Modell mit den Wirtschaftsinteressen (M2a) seine statistische Signifikanz. Somit scheinen allein die Nicht-Wirtschaftsinteressen zum positiven Effekt der öffentlichen Salienz auf die Schnittmenge zwischen Bürgern und öffentlichen Interessen beizutragen. Während Nicht-Wirtschaftsinteressen somit dazu neigen, verstärkt an Themen zu arbeiten, die für die Öffentlichkeit bedeutend sind, scheint die Repräsentation durch Wirtschaftsinteressen nicht durch die öffentliche Salienz beeinflusst zu sein. Sowohl Signifikanz als auch die Stärke des Effekts von Extremismus ändern sich allerdings nicht in den beiden getrennten Modellen. Somit werden auch Bürger mit extremeren ideologischen Einstellungen in einem stärkeren Maße durch Wirtschaftsinteressen vertreten. Die bessere Repräsentation von FDP-Anhängern schließlich rührt allein von den Wirtschaftsinteressen, denn im Modell nur mit den Nicht-Wirtschaftsinteressen verliert der Dummy seine Signifikanz. Dies bedeutet, dass Bürger, die sich mit der FDP identifizieren, auch in einem größeren Maße die Agenda von Wirtschaftsinteressen teilen. Im Modell mit den Nicht-Wirtschaftsinteressen ist der Steigungskoeffizient für die ideologische Links-Rechts-Selbstverortung signifikant und positiv. Dies bedeutet, dass Bürger eine größere Schnittmenge mit Nicht-Wirtschaftsinteressen haben, je weiter rechts sie sich politisch verorten – ein Ergebnis, das nicht intuitiv ist. Ein Blick auf die übrigen Kontrollvariablen deutet darauf hin, dass sich die Themen-Schnittmengen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen (z.B. Männer und Ostdeutsche) zwischen den Wirtschafts- und Nicht-Wirtschaftsinteressen jeweils nicht unterscheiden. Die soziodemographischen Variablen sind in keinem der drei Regressionsmodelle statistisch signifikant. Mit Ausnahme der FDP-Anhänger gibt es keine Unterschiede zwischen Menschen, die sich mit irgendeiner anderen oder keiner Partei identifizieren: ebenso wenig bestehen Unterschiede bezüglich der externen *political efficacy*.

Insgesamt sind die Überschneidungen der Bürger mit den Themen der Nicht-Wirtschaftsinteressen viel stärker von den Eigenschaften der Themen und den Einstellungen der Bürger geprägt, als dies bei der Schnittmenge mit den Wirtschaftsinteressen der Fall ist. R-Quadrat und F-Statistik unterscheiden sich erheblich zwischen den drei Modellen: Während das Modell mit



den Nicht-Wirtschaftsinteressen, das einen starken Effekt der öffentlichen Salienz aufweist, knapp 43% der Varianz bindet, sind es im Modell mit den Wirtschaftsinteressen nicht einmal 2%.

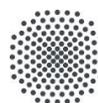


Tabelle 2: Multivariate Modelle (OLS-Regression)

	Modell 1 Bürger-Interessen- Schnittmenge	Modell 2a Bürger-Wirtschafts- interessen-Schnittmenge	Modell 2b Bürger-Nicht- Wirtschaftsinteressen- Schnittmenge
Öffentliche Salienz	0,067*** (0,005)	0,012 (0,006)	0,136*** (0,006)
Einkommen	0,005 (0,012)	0,011 (0,015)	-0,003 (0,014)
Links-Rechts-Ideologie	0,005 (0,020)	-0,027 (0,024)	0,044* (0,022)
Extremismus	0,070** (0,026)	0,068* (0,031)	0,072* (0,029)
Externe <i>political efficacy</i>	-0,002 (0,039)	-0,007 (0,046)	0,004 (0,043)
Neue Bundesländer (Dummy)	-0,041 (0,084)	-0,023 (0,099)	-0,063 (0,092)
Weiblich (Dummy)	-0,002 (0,066)	-0,025 (0,078)	0,027 (0,072)
Alter	0,030 (0,020)	0,039 (0,023)	0,019 (0,022)
CDU/CSU (Dummy)	-0,011 (0,089)	0,009 (0,105)	-0,036 (0,097)
SPD (Dummy)	-0,140 (0,100)	-0,092 (0,118)	-0,201 (0,109)
FDP (Dummy)	0,351* (0,172)	0,489* (0,204)	0,177 (0,188)
Die Grünen (Dummy)	-0,009 (0,128)	0,158 (0,152)	-0,220 (0,140)
Die Linke (Dummy)	-0,073 (0,154)	0,082 (0,182)	-0,268 (0,168)
AfD (Dummy)	-0,037 (0,155)	-0,074 (0,184)	0,009 (0,170)
Andere Partei (Dummy)	0,238 (0,227)	0,354 (0,269)	0,093 (0,248)
Konstante	0,600* (0,236)	0,955*** (0,279)	0,152 (0,258)
N	777	777	777
Bereinigtes R ²	0,174	0,018	0,425
F	11,892***	1,966*	39,199***

Anmerkung: Standardfehler in Klammern, *p<0,05; **p<0,01; ***p<0,001.
 Quelle: Eigene Erhebung.

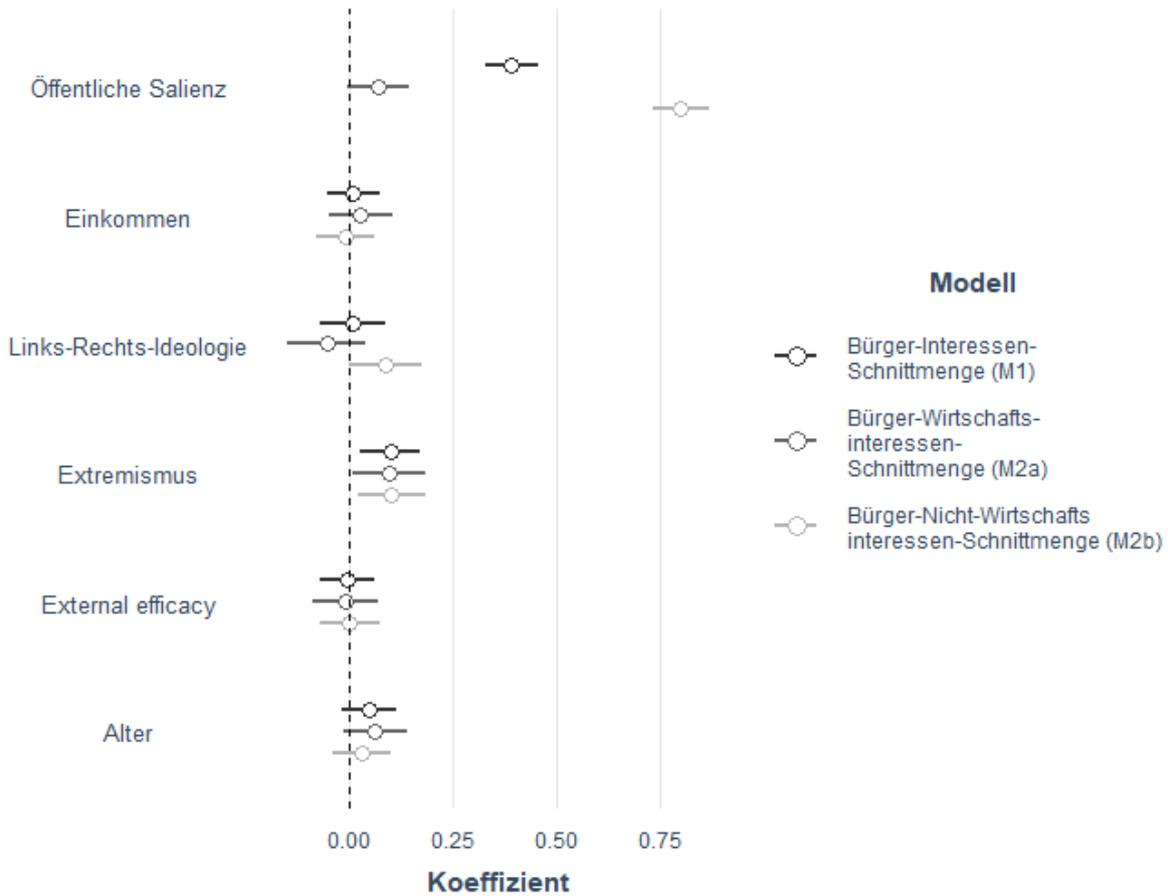
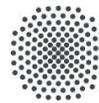
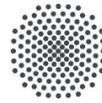


Abb. 5: Koeffizienten-Plots der metrischen erklärenden Variablen

6 Diskussion

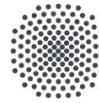
Basierend auf unserer Auseinandersetzung mit der Literatur zu Repräsentation und organisierten Interessen haben wir argumentiert, dass sowohl die öffentliche Salienz, das Einkommen als auch extreme politische Einstellungen die Themenschnittmenge von Bürgern mit organisierten Interessen positiv beeinflussen. Während die Erwartung aus Hypothese 2, dass höhere Einkommensgruppen besser von Interessenorganisationen repräsentiert werden als Niedrigverdiener keine Unterstützung in den Daten findet, stützt unsere Analyse die erste und dritte Hypothese. So scheinen organisierte Interessen unabhängig vom Typ der Themenprioritäten von Bürgern mit extremeren ideologischen Einstellungen besser zu repräsentieren als die der ideologischen Mitte. Dieser Befund entspricht den Argumenten zu den Nischenstrategien organisierter Interessen (Gray und Lowery 1996). Somit könnten organisierte Interessen eine Repräsentationslücke schließen, welche die Parteien, die sich an der Mitte des ideologischen Spektrums orientieren müssen, offenlassen.



Der positive Einfluss der öffentlichen Salienz deutet darauf hin, dass organisierte Interessen in der Regel an „ihren“ verbands- oder unternehmensspezifischen Themen arbeiten, also jenen, die für ihre für ihre Mitglieder bzw. langfristigen Ziele als Organisation relevant sind. Wenn jedoch ein Thema für eine breitere Öffentlichkeit salient wird, vergrößert sich die Schnittmenge zwischen Bürgern und organisierten Interessen. Dabei ist es durchaus auch möglich, dass die Organisationen bereits vorher an diesem Thema gearbeitet haben und dieses nun zufällig oder aufgrund der Agendasetzung durch organisierte Interessen auch in den Fokus der Öffentlichkeit rückt. Wahrscheinlicher und passfähiger zur Idee des Transmissionsriemens ist jedoch, dass die organisierten Interessen auf in der Bevölkerung saliente Themen aufspringen (*Bandwagon-Effekt*).

In Bezug auf Hypothese 1 müssen wir allerdings stärker hinsichtlich des Typs der Interessenorganisation differenzieren. So kommt der positive und signifikante Effekt im Grundmodell allein durch die offensichtlich starke Orientierung von Nichtwirtschaftsinteressen an den Themen, die für die Bevölkerung bedeutend sind, zustande. Wirtschaftsinteressen scheinen in ihrer Arbeit hingegen von der öffentlichen Salienz weitgehend unbeeinflusst zu sein. Diese Befunde deuten darauf hin, dass organisierte Interessen nur in einem begrenzten Maße die Funktion übernehmen können, die Präferenzen der Bürger in das politische System zu übertragen. So erscheint es plausibel, dass es in erster Linie zivilgesellschaftliche Organisationen (NGOs) sind, welche sich in ihrer Arbeit an der öffentlichen Salienz von bestimmten Themen orientieren, während Wirtschaftsinteressen eine Agenda verfolgen, die von solchen Überlegungen eher entkoppelt ist. Ein etwaiger Anspruch, auch breiter aufgestellter wirtschaftlicher Interessengruppen, als Stimme größerer Bevölkerungsgruppen oder gar der Allgemeinheit zu fungieren, wird durch diesen Befund in Zweifel gezogen. Da Bürger, die sich mit der FDP identifizieren, eine größere Schnittmenge mit Wirtschaftsinteressen haben, findet das tradierte Bild von der FDP als Partei des Unternehmertums hier Bestätigung.

Auch wenn sich hinsichtlich des positiven Einflusses von ideologischem Extremismus auf die Schnittmenge von Bürgern mit organisierten Interessen keine Unterschiede hinsichtlich verschiedener Typen von Organisationen zeigen, fällt abschließend auf, dass die Schnittmenge mit Nichtwirtschaftsinteressen größer wird, je weiter rechts sich die Bürger ideologisch verorten. Eine mögliche Erklärung für dieses nicht unbedingt intuitive Ergebnis könnte in einer Limitation unserer quantitativen Analyse liegen, die keine Positionalität berücksichtigt. Wenn bei-



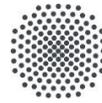
spielsweise ein Befragter eine restriktivere Flüchtlingspolitik fordert, hat er nach unserer Operationalisierung eine Schnittmenge mit allen Verbänden, die an diesem Thema arbeiten, auch wenn diese in der Frage in der Regel eine permissive Position einnehmen.

7 Schlussfolgerungen

Diese Studie liefert die erste systematische Analyse der Kongruenz der Agenden von Bürgern und organisierten Interessen im politischen System der BRD. Da ein Mindestmaß an Themenkongruenz eine Voraussetzung für das Funktionieren organisierter Interessen als Transmissionsriemen darstellt, sind die hier berichteten Ergebnisse von hoher demokratietheoretischer Relevanz. So hat erstens unsere bivariate Analyse gezeigt, dass die Themen, an denen die organisierten Interessen arbeiten, lediglich in einem moderaten Maße mit den Themen, die ganz oben auf der Tagesordnung der Bürger stehen, übereinstimmen. Dieser Befund könnte zu eher pessimistischen Schlussfolgerungen hinsichtlich der Frage, inwiefern organisierte Interessen als Transmissionsriemen zwischen Bürgern und politischen Eliten fungieren können, verleiten.

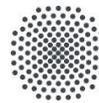
Allerdings haben wir zweitens gesehen, dass Nicht-Wirtschaftsinteressen verstärkt an Themen arbeiten, die für die Öffentlichkeit salient sind. Somit hat zumindest dieser nicht unbedeutende Teil der Verbandslandschaft das Potential, die Repräsentativität des politischen Systems zu verbessern. Drittens können auch Wirtschaftsinteressen zu einer besseren Vertretung von Bürgern mit extremeren ideologischen Einstellungen beitragen, weil diese generell eine größere Schnittmenge mit organisierten Interessen in Deutschland als Bürger mit eher moderaten ideologischen Einstellungen haben. Allerdings bleibt viertens festzuhalten, dass Wirtschaftsinteressen im Allgemeinen in einem wesentlich geringeren Maße zu einer ausgewogenen Repräsentation gesellschaftlicher Interessen beitragen können, weil sie von den für die Öffentlichkeit salienten Themen weitgehend entkoppelt zu sein scheinen.

Abschließend sei darauf hingewiesen, dass die negativen Befunde zu den soziodemographischen sowie einigen Einstellungsvariablen demokratietheoretisch begrüßenswert sind: Bei den Themen, an denen die organisierten Interessen arbeiten, scheinen sie nicht bestimmte Teile der Gesellschaft zu diskriminieren. So haben Bürger mit einem geringeren Einkommen, Frauen, Jüngere, Ostdeutsche sowie diejenigen, die sich mit keiner politischen Partei identifizieren oder sich vom politischen System zurückgelassen fühlen (geringe externe *political efficacy*) keine signifikant größere oder kleinere Themenschnittmenge mit organisierten Interessen als andere Teile der Gesellschaft.



Mit Deutschland als korporatistischer Verhandlungsdemokratie und einem Mehrparteiensystem wirft diese Untersuchung erstmals auch ein Schlaglicht auf eine größere Gruppe von Untersuchungsfällen, die in der bisherigen Forschung vernachlässigt worden sind. Somit unterstützt unser negativer Befund hinsichtlich eines Einkommens-Effekts auf die Agenden-Schnittmenge das Ergebnis der Studie von Giger et al. (2012), die herausgefunden haben, dass Verhältniswahlssysteme weniger stark zugunsten der wohlhabenderen Bevölkerungsschichten als majoritäre Systeme verzerrt sind. Allerdings lässt unsere Studie keinen Rückschluss auf die Ergebnisse des politischen Prozesses zu, etwa in Form verabschiedeter Gesetze. Wir finden außerdem weitere Anhaltspunkte dafür, dass zumindest bestimmte Typen von organisierten Interessen tatsächlich an jenen Themen arbeiten, die für die Öffentlichkeit salient sind (Klüver 2015; Rauh 2016). Während Klüver (2015) einen *Bandwagon*-Effekt aufzeigen konnte, wonach ein Thema zunächst salient wird, bevor sich ihm dann auch die Interessengruppen zuwenden, sei noch einmal darauf hingewiesen, dass unsere Querschnittsstudie in dieser Hinsicht keinen eindeutigen Schluss zulässt. Theoretisch könnte der Wirkungszusammenhang auch in die andere Richtung laufen, indem organisierte Interessen die Bevölkerung für bestimmte Themen sensibilisieren. In einer neueren Untersuchung hat Klüver (2018) herausgefunden, dass Parteien sich sowohl an dem Mobilisierungsgrad von Interessengruppen als auch den Forderungen ihrer Wählerschaft orientieren. Ließe sich eine ähnliche Logik auf die Regierungspolitiken übertragen, bestünde also nicht nur ein gewisses Maß an Kongruenz zwischen den Agenden von Bürgern und organisierten Interessen, sondern auch mit jener des Gesetzgebers, könnten organisierte Interessen tatsächlich als repräsentativer Transmissionsriemen in Verhandlungsdemokratien fungieren. Allerdings würde dieser dann im Wesentlichen auf Nicht-Wirtschaftsinteressen beschränkt sein, sowie auf Themen, die für die Bevölkerung salient sind.

Abschließend sei auf eine Limitation unserer Studie hingewiesen. Da wir keine Positionen von Bürgern und organisierten Interessen zu den erfassten Themen gemessen haben, ist es auch bei den salienten Themen möglich, dass wir das repräsentative Potential von organisierten Interessen überschätzen. Tatsächlich kann es grundlegend unterschiedliche Positionen zwischen Organisationen, die an einem Thema arbeiten und Bürgern, die dieses wichtig finden, geben. Hier sei noch einmal auf das erwähnte Beispiel der Flüchtlingspolitik verwiesen. Somit beziehen sich unsere Schlussfolgerungen allein auf die Themen-Schnittmenge der Agenden von organisierten Interessen und Bürgern, keiner Repräsentativität in einem engeren Sinne. Für einen gesamtgesellschaftlichen Diskurs ist es aber zuallererst wichtig, dass die verschiedenen Akteure sich mit den gleichen Themen beschäftigen. Unabhängig davon, liefert unsere Arbeit einen



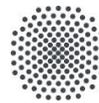
wichtigen Erkenntnisgewinn hinsichtlich der Aggregationslogiken in der intermediären Sphäre der Politik. So konnten wir erstens zeigen, dass es eine gewisse Schnittmenge zwischen Bürgern und organisierten Interessen gibt. Zweitens lässt sich das Ausmaß der Schnittmenge auf der Individualebene durch von der politischen Mitte entfernte Einstellungen und, auf der Kontextebene, aufgrund der öffentlichen Salienz von Themen am besten vorhersagen.

Literatur- und Quellenverzeichnis

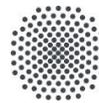
- Adams, Greg D. 1997. Abortion: Evidence of an Issue Evolution. *American Journal of Political Science* 41 (3): 718-737.
- Agnone, Jon. 2007. Amplifying Public Opinion: The Policy Impact of the U.S. Environmental Movement. *Social Forces* 85 (4): 1593-1620.
- Bartels, Larry M. 2016. *Unequal Democracy: The Political Economy of the New Gilded Age*. Princeton: Princeton University Press.
- Baumgartner, Frank R., Jeffrey M. Berry, Marie Hojnacki, David C. Kimball, und Beth L. Leech. 2009. *Lobbying and Policy Change. Who Wins, Who Loses, And Why*. Chicago.
- Baumgartner, Frank R., und Beth L. Leech. 1998. *Basic Interests. The Importance of Groups in Politics and in Political Science*. Princeton, New Jersey: Princeton University Press.
- Baumgartner, Frank R., und Beth L. Leech. 2001. Interest Niches and Policy Bandwagons: Patterns of Interest Group Involvement in National Politics. *Journal of Politics* 63 (4): 1191-1213.
- Bernhagen, Patrick, und Neil J. Mitchell. 2009. The Determinants of Direct Corporate Lobbying in the European Union. *European Union Politics* 10 (2): 155-176.
- Berry, Jeffrey M., und Clyde Wilcox. 2018. *The Interest Group Society*. New York/ London: Taylor&Francis.
- Bevan, Shaun, und Anne Rasmussen. 2017. When Does Government Listen to the Public? Voluntary Associations and Dynamic Agenda Representation in the United States. *Policy Studies Journal*: n/a-n/a.
- Boräng, Frida, Daniel Naurin, und Jonathan Polk. 2018. Making Space. A cross-country comparison of party and interest group positioning in multiple policy dimensions. Midwest Political Science Association, Chicago, 5.-8. April 2018
- Breunig, Christian, und Tinette Schnatterer. 2017. German Policy Agendas Codebook.
- Canes-Wrone, Brandice, und Kenneth W. Shotts. 2004. The Conditional Nature of Presidential Responsiveness to Public Opinion. *American Journal of Political Science* 48 (4): 690-706.
- Carmines, Edward G., und James A. Stimson. 1986. On the Structure and Sequence of Issue Evolution. *American Political Science Review* 80 (3): 901-920.
- Dalton, Russell, Susan E. Scarrow, und Bruce Cain. 2004. *Advanced Democracies and the New Politics*.
- Dalton, Russell J., und Martin P. Wattenberg. 2002. *Parties Without Partisans: Political Change in Advanced Industrial Democracies*. Oxford: Oxford University Press.
- Denzau, Arthur T., und Michael C. Munger. 1986. Legislators and Interest Groups: How Unorganized Interests get Represented. *The American Political Science Review* 80 (1): 89-106.
- Drope, Jeffrey M., und Wendy L. Hansen. 2006. Does Firm Size Matter? Analyzing Business Lobbying in the United States. *Bus. polit.* 10 (2): 1-17.



- Dür, Andreas, Patrick Bernhagen, und David Marshall. 2015. Interest Group Success in the European Union: When (and Why) does Business Lose? *Comparative Political Studies* 48 (8): 951-983.
- Easton, David. 1971. *Political System. An Inquiry into the State of Political Science*. New York: Alfred A. Knopf.
- Eising, Rainer, und Florian Spohr. 2016. The More, the Merrier? Interest Groups and Legislative Change in the Public Hearings of the German Parliamentary Committees. *German Politics*: 1-20.
- Elling, Richard C. 1982. Ideological Change in the U.S. Senate. Time and Electoral Responsiveness. *Legislative Studies Quarterly* 7 (1): 75-92.
- Elsässer, Lea, Svenja Hense, und Armin Schäfer. 2017. „Dem Deutschen Volke“? Die ungleiche Responsivität des Bundestags. *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 27 (2): 161-180.
- Erikson, Robert S., Gerald C. Wright, und John P. McIver. 1993. *Statehouse Democracy: Public Opinion and Policy in the American States*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Flöthe, Linda, und Anne Rasmussen. 2018. Public Voices in the Heavenly Chorus? Group Type Bias and Opinion Representation. *Journal of European Public Policy* Open Access.
- Franklin, Mark N, und Christopher Wlezien. 1997. The Responsiveness Public. Issue Salience, Policy Change, and Preferences for European Unification. *Journal of Theoretical Politics* 9 (347-362).
- GESIS. 2017. Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften ALLBUS 2016, Hrsg. GESIS Datenarchiv (Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften). Köln.
- Giger, Nathalie, Jan Rosset, und Julian Bernauer. 2012. The Poor Political Representation of the Poor in a Comparative Perspective. *Representation* 48 (1): 47-61.
- Gilens, Martin. 2014. *Affluence and Influence. Economic Inequality and Political Power in America*. Princeton: Princeton University Press.
- Gilens, Martin, und Benjamin I. Page. 2014. Testing Theories of American Politics: Elites, Interest Groups, and Average Citizens. *Perspectives on Politics* 12 (3): 564-581.
- Gray, Virginia, und David Lowery. 1996. A Niche Theory of Interest Representation. *The Journal of Politics* 58 (1): 91-111.
- Grier, Kevin B., Michael C. Munger, und Brian E. Roberts. 1994. The Determinants of Industry Political Activity, 1978-1986. *The American Political Science Review* 88 (4): 911-926.
- Hanegraaff, Marcel, und Caelesta Braun. 2017. Is the EU different? Comparing the diversity of national and EU-level systems of interest organisations AU - Berkhout, Joost. *West European Politics* 40 (5): 1109-1131.
- Kim, Jin-Hyuk. 2008. Corporate Lobbying Revisited. *Bus. polit.* 10 (2): 155-176.
- Kimball, David C, Frank R Baumgartner, Jeffrey M Berry, Marie Hojnacki, Beth L Leech, und Bryce Summary. 2012. Who cares about the lobbying agenda? *Interest Groups & Advocacy* 1 (1): 5-25.
- Klüver, Heike. 2015. Interest Groups in the German Bundestag: Exploring the Issue Linkage between Citizens and Interest Groups. *German Politics* 24 (2): 137-153.
- Klüver, Heike. 2018. Setting the Party Agenda: Interest Groups, Voters and Issue Attention. *British Journal of Political Science*: 1-22.
- Kuklinski, James H. 1978. Representativeness and Elections: A Policy Analysis. *American Political Science Review* 72 (1): 165-177.
- Lax, Jeffrey R., und Justin H. Phillips. 2012. The Democratic Deficit in the States. *American Journal of Political Science* 56 (1): 148-166.



- Lijphart, Arend. 2012. *Patterns of Democracy. Government Forms and Performance in Thirty-Six Countries*. New Haven: Yale University Press.
- Lowery, David. 2007. Why Do Organized Interests Lobby? A Multi-Goal, Multi-Context Theory of Lobbying. *Polity* 39 (1): 29-54.
- Lowery, David, Frank R. Baumgartner, Joost Berkhout, Jeffrey M. Berry, Darren Halpin, Marie Hojnacki, Heike Klüver, Beate Kohler-Koch, Jeremy Richardson, und Kay Lehman Schlozman. 2015. Images of an Unbiased Interest System. *Journal of European Public Policy* 22 (8): 1212-1231.
- McKay, Amy, Adam Chalmers, Beth Leech, Patrick Bernhagen, und Joost Berkhout. 2018. Who is Represented? Interest Group Agendas and Public Agenda in Four Countries. American Political Science Association Annual Conference, Boston, August 29 - September 2, 2018
- Monroe, Alan D. 1979. Consistency between Public Preferences and National Policy Decisions. *American Politics Quarterly* 7 (1): 3-19.
- Monroe, Alan D. 1998. Public Opinion and Public Policy, 1980-1993. *The Public Opinion Quarterly* 62 (1): 6-28.
- Newton, Kenneth. 2012. Curing the democratic malaise with democratic innovations. In *Evaluating Democratic Innovations. Curing the Democratic Malaise?*, Hrsg. Kenneth Newton, und Brigitte Geissel, 3-20. New York: Routledge.
- Norris, Pippa. 2011. *Democratic Deficit. Critical Citizens Revisited*. Cambridge: Cambridge University Press
- Peters, Yvette, und Sander J. Ensink. 2015. Differential Responsiveness in Europe: The Effects of Preference Difference and Electoral Participation. *West European Politics* 38 (3): 577-600.
- Rasmussen, Anne, Brendan J. Carroll, und David Lowery. 2014. Representatives of the Public? Public Opinion and Interest Group Activity. *European Journal of Political Research* 53 (2): 250-268.
- Rasmussen, Anne, Lars Kai Mäder, und Stefanie Reher. 2017. With a Little Help From The People? The Role of Public Opinion in Advocacy Success. *Comparative Political Studies*: 0010414017695334.
- Rauh, Christian. 2016. *A Responsive Technocracy. EU Politicisation and the Consumer Policies of the European Commission*. Colchester: ECPR Press.
- Romeijn, Jeroen. 2018. Do political parties listen to the(ir) public? Public opinion–party linkage on specific policy issues. *Party Politics* submitted: 1354068818787346.
- Schattschneider, Elmer Eric. 1960. *The Semisovereign People. A Realist's View of Democracy in America*. New York: Wadsworth Publishing.
- Schlozman, Kay Lehman, und John T. Tierney. 1986. *Organized Interests and American Democracy*. New York: Harper & Row.
- Smith, Richard A. 1984. Advocacy, Interpretation, and Influence in the U.S. Congress. *The American Political Science Review* 78 (1): 44-63.
- Spoon, Jae-Jae, und Heike Klüver. 2014. Do parties respond? How electoral context influences party responsiveness. *Electoral Studies* 35: 48-60.
- Stimson, James A., Michael B. Mackuen, und Robert S. Erikson. 1995. Dynamic Representation. *American Political Science Review* 89 (3): 543-565.
- Thaidigsmann, Isabell S. 2000. Parteien und Verbände als Vertreter von Bürgerinteressen. In *Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich*, Hrsg. Jürgen Falter, Oscar W. Gabriel, und Hans Rattinger. Opladen: Leske + Budrich.



- Truman, David B. 1951. *The Governmental Process: Political Interests and Public Opinion*. New York: Alfred A. Knopf.
- Verba, Sidney, Kay Lehman Schlozman, und Henry E. Brady. 1995. *Voice and Equality. Civic Voluntarism in American Politics*. Cambridge: Harvard University Press.
- Von Beyme, Klaus. 2017. Interessengruppen. In *Das politische System der Bundesrepublik Deutschland: Eine Einführung*, 221-257. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Williams, Melissa S. 2000. The Uneasy Alliance of Group Representation and Deliberative Democracy. In *Citizenship in Diverse Societies*, Hrsg. Will Kymlicka, und Wayne Norman, 124-154. Oxford: Oxford University Press.
- Wlezien, Christopher. 1995. The Responsive Public. Issue Salience, Policy Change, and Preferences for European Unification. *American Journal of Political Science* 39 (4): 347-363.
- Wlezien, Christopher. 2004. Patterns of Representation: Dynamics of Public Preferences and Policy. *Journal of Politics* 66 (1): 1-24.
- Wlezien, Christopher. 2005. On the salience of political issues: The problem with 'most important problem'. *Electoral Studies* 24 (4): 555-579.
- Wlezien, Christopher. 2017. Public Opinion and Policy Representation: On Conceptualization, Measurement, and Interpretation. *Policy Studies Journal* 45 (4): 561-582.
- Wlezien, Christopher, und Stuart N. Soroka. 2012. Political Institutions and the Opinion-Policy Link. *West European Politics* 35 (6): 1407-1432.